

Gemeinde-Tageskarte: Abschaffung verhindert

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) war im vergangenen Jahr in verschiedenen Bereichen aktiv. An der Generalversammlung des SGV, die am 22. Juni in Bern stattfindet, wird unter anderem der Jahresbericht 2010 verabschiedet. Der folgende Auszug beleuchtet einige Schwerpunkte, darunter auch das Reorganisationsprojekt «SGV 2012» sowie vier Erfolgsgeschichten.

Der SGV nimmt die Interessen der Gemeinden auf Bundesebene wahr und unterstützt die Gemeinden mit Dienstleistungen wie der «Schweizer Gemeinde» und Tagungen. Ein Schwerpunkt seiner politischen Arbeit im Berichtsjahr 2010 war die Sozialpolitik; dazu hat er an der Generalversammlung in Neuenburg eine Resolution mit dem Titel «Sozialpolitik: Die Gemeinden sind wichtig» verabschiedet. Weiter engagierte sich der SGV unter anderem in der tripartiten Zusammenarbeit, in der Armutsbekämpfung und beim Raumkonzept Schweiz. Er lancierte ausserdem das Reorganisationsprojekt «SGV 2012».

Projekt «SGV 2012»

Der Aufwand für die Wahrung der Interessen der Gemeinden (Lobbyingarbeit) ist als Folge der Umsetzung des «Gemeindeartikels» in der Bundesverfassung deutlich gestiegen; die Aufgaben insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren und bei der Mitwirkung in Kommissionen haben stark zugenommen. Deshalb hat der Vorstand des SGV im Jahr 2009 beschlossen, die Organisation des Verbandes und der Geschäftsstelle zu überprüfen und anzupassen. Damit war das Projekt «SGV 2012 – Reorganisation und Anpassung der strategischen Ausrichtung» lanciert. Zur Behebung der Schwachstellen beschloss der SGV-Vorstand an seiner Sitzung vom 24. November 2010, folgende Massnahmen in die Wege zu leiten:

- Reorganisation des aus Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und der kantonalen Gemeindeorganisationen zusammengesetzten Vorstandes
- Besserer Einbezug der kantonalen Gemeindeorganisationen in den Meinungsbildungsprozess
- Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung des Verbandes durch Erhöhung der Mitgliederbeiträge und Erschliessung neuer, zusätzlicher Finanzierungsquellen



Dank der hartnäckigen Intervention der Kommunalverbände haben die SBB auf die Einschränkung der Gültigkeit der Gemeinde-Tageskarte verzichtet.

Bild: Miryam Azer

Tripartite Zusammenarbeit

Der SGV arbeitet mit verschiedenen Organisationen und Partnern zusammen, um die Interessen der Gemeinden und Städte effizient und effektiv durchzusetzen. Ein hoher Stellenwert kommt dabei der Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden in der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) zu. Der SGV hat sich im Berichtsjahr intensiv mit der Fortführung und Weiterentwicklung der im Jahre 2001 gegründeten Konferenz auseinandergesetzt. Es ist bis heute das erste und einzige im Bundesstaatsrecht vorgesehene Gremium, in dem die drei staatlichen Ebenen zeitgleich über gemeinsame Probleme und entsprechende Lösungen diskutieren und in dem die Gemeinden ihre Interessen direkt einbringen können. Der Vorstand des SGV hat sich im November 2010 für deren weitere Institutionalisierung ausgesprochen, insbesondere für die gesetzliche Verankerung im Bundesrecht

der bisher auf Vertragsrecht basierenden Konferenz. Weiter soll die für Agglomerationsbelange gegründete Konferenz in Richtung einer Organisation für die Interessen des städtischen und des ländlichen Raums entwickelt werden.

Armutsbekämpfung

Im Jahr der Armut setzte sich der SGV insbesondere mit der Optimierung der Sozialhilfe, des letzten Auffangnetzes der sozialen Sicherheit, auseinander. Steigende Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und die zunehmende Komplexität der Aufgaben in der Sozialhilfe stellen hohe Anforderungen an die Organisation und die Führung der Sozialdienste. Dieser Umstand zwingt insbesondere kleinere und mittlere Gemeinden zur interkommunalen Zusammenarbeit oder zur Regionalisierung. Dadurch tragen die Gemeinden zur Professionalisierung der Sozialdienste und zur Optimierung dieser Dienstleistungen bei. Mit dem Sozialgeld und den an-

deren staatlichen Massnahmen alleine lässt sich Armut aber nicht beseitigen. Es braucht zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität unter den Generationen. Notwendig ist aber auch eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem lokalen und regionalen Gewerbe, damit Arbeitsplätze für erwerbslose Personen zur Verfügung gestellt werden. Der SGV hat diese Massnahmen zur Optimierung der Sozialhilfe als Empfehlungen an die Gemeinden in Form einer Resolution an der Jahresversammlung verabschiedet. Darin forderte der SGV aber auch die Bundes- und die Kantonsebene zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen der sozialen Sicherheit auf. Diese Resolution hat der SGV ebenfalls anlässlich der nationalen Armutskonferenz 2010, einer gemeinsamen Veranstaltung der drei staatlichen Ebenen, als Beitrag der kommunalen Ebene zur Bekämpfung der Armut eingebracht.

Raumkonzept Schweiz

Die Gemeinden nehmen bei der Raumentwicklung wichtige Aufgaben wahr. Sie sind es, die in dem vom Bund und von den Kantonen vorgegebenen Rahmen die Räume mit konkreten Inhalten füllen und die Raumplanung in der Praxis gestalten. Das Raumkonzept Schweiz zeigt den Gemeinden den Weg auf, um ihre Ortsplanung in eine nachhaltige Raumentwicklung umzusetzen. Dabei sind die Gemeinden auch gefordert, indem sie nicht nur selber Besitzer von Grund und Boden sind, sondern weil sie für die privaten Grundbesitzenden die erste und direkte Ansprechenebene sind. Das Raumkonzept Schweiz ist ein Dokument aller drei Staatsebenen. Der SGV unterstützt grundsätzlich die strategischen Stossrichtungen in den verschiedenen Handlungsräumen. Deren unterschiedlichen regionalen, kulturellen und strukturellen Eigenschaften wird Rechnung getragen. Der Einbezug der kommunalen Ebene zu einer partnerschaftlichen Ausarbeitung des Konzeptes durch Bund, Kantone, Gemeinden und Städte war eine wertvolle Erfahrung und ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das Raumkonzept Schweiz eine breite Akzeptanz bei der Bevölkerung, der Basis unseres demokratischen Systems, findet.

Identitätskarte

Das am 1. März 2010 in Kraft getretene revidierte Ausweisgesetz sieht vor, dass die klassische Identitätskarte (ID) ohne Biometrie ab 1. März 2012 nicht mehr bei der Gemeinde, sondern nur noch bei den neuen kantonalen Passzentren be-

Gemeinde-Tageskarte

Anfang Jahr haben die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs Tarifmassnahmen per 12. Dezember 2010 kommuniziert. Vorgesehen war unter anderem, die Gültigkeit der Gemeinde-Tageskarte auf die Zeit nach 9 Uhr zu beschränken und zugleich den Preis um 15 Prozent zu erhöhen. Daraufhin hat der SGV gemeinsam mit dem SSV beim Verband öffentlicher Verkehr (VöV) offiziell gegen die einschneidenden Massnahmen bei der Gemeinde-Tageskarte interveniert. Im Rahmen mehrerer Treffen mit dem VöV und den SBB haben sich die Kommunalverbände insbesondere gegen die Verkürzung der Gültigkeit gewehrt. Dank der hartnäckigen Intervention der Kommunalverbände konnte die Abschaffung der Gemeinde-Tageskarte verhindert werden beziehungsweise haben die SBB auf die Einschränkung der Gültigkeit der Gemeinde-Tageskarte verzichtet. Der SGV hat damit sichergestellt, dass die Attraktivität der Gemeinde-Tageskarten erhalten bleibt und dass die Gemeinden diese auch weiterhin an die Bevölkerung abgeben können.

zogen werden kann. Bereits in einer früheren Stellungnahme hatte der SGV sich klar gegen diese neue Regelung ausgesprochen und dann mittels einer parlamentarischen Initiative von Ständerat Germann, Präsident des Verbandes, bei den Bundesbehörden interveniert. Im Sinne dieser Initiative sowie einer Standesinitiative des Kantons Thurgau hat sich die Staatspolitische Kommission des Ständerates im Frühjahr 2010 dafür ausgesprochen, dass die bewährte ID weiterhin bürgerfreundlich bei der Gemeinde bezogen werden können soll. Sie hat in der Folge die Ausarbeitung einer entsprechenden Änderung des Ausweisgesetzes in Auftrag gegeben. Nach der breiten Zustimmung in der Vernehmlassung wurde die Vorlage im Februar 2011 nun auch von der Kommission des Nationalrates einstimmig verabschiedet und zuhanden des Parlaments ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Die Chancen stehen gut, dass dieser im Herbst 2011 im Parlament verabschiedet wird und auf den 1. März 2012 in Kraft treten kann. Mit seinem politischen Engagement auf Bundesebene hat sich der SGV für einen unkomplizierten, bürgernahen Service public eingesetzt.

Postgesetz

Gemäss Art. 50 der Bundesverfassung ist der Bund verpflichtet, auf die besondere Situation der Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Eine Verankerung des Mitwirkungsrechts der Gemeinden auch im Postgesetz ist aus Sicht des SGV deshalb zwingend. Nachdem die vorberatende Kommission des Nationalrates das von Ständerat Hannes Germann eingebrachte und von der kleinen Kammer beschlossene Mitwirkungsrecht der Gemeinden fallen lassen wollte, hat der SGV bei den Mitgliedern des Nationalrates interveniert. Danach

hat der Nationalrat in der Herbstsession 2010 bei der Beratung des Postgesetzes einem Antrag von Nationalrätin Marie-Thérèse Weber-Gobet zugestimmt. Dieser verlangte, dass der Bundesrat bei der Festlegung der Vorgaben für das Poststellennetz nicht nur die Kantone, sondern auch die Gemeinden konsultieren muss. Dank gezielter Intervention bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern hat der SGV den Gemeinden im Postgesetz ein Mitspracherecht verschafft.

Weiterbildung für Gemeindeprofis

Im Bereich der berufsorientierten Weiterbildung gibt es für das Gemeindepersonal und Gemeindegader in der Schweiz bisher noch keine eidgenössisch anerkannten Berufstitel. Dies soll sich in naher Zukunft ändern. Der SGV strebt gemeinsam mit der Branche öffentliche Verwaltung den Aufbau und die Durchführung von eidgenössischen Prüfungen für die Angestellten und Kader der Gemeinde-, Kantons- und Bundesverwaltung innerhalb der Höheren Berufsbildung an. Ziel ist es, eine kompetenzorientierte und praxisnahe Prüfungsordnung zu erarbeiten, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes nach qualifizierten Fachkräften in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Rechnung trägt. Gegen Jahresende wurden die Grundlagen für die künftigen eidgenössischen Prüfungen erarbeitet. Mit dem gemeinsamen Fachausweis und Diplom «öffentliche Verwaltung» schafft der SGV eine zeitgemässe Weiterbildung mit attraktiven Berufsperspektiven für die Angestellten und Kader der Gemeinden.

Auszug aus dem Jahresbericht/ma

Vollständiger Jahresbericht im Internet unter www.chgemeinden.ch (Verband)